

Öffentliches Recht

Eine nach Anspruchszielen geordnete Darstellung zur Examensvorbereitung

Bearbeitet von
Prof. Dr. Walter Frenz

7. Auflage 2017. Buch. XXXII, 448 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8006 5424 6
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Frenz | Öffentliches Recht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht

Eine nach Anspruchszielen
geordnete Darstellung
zur Examensvorbereitung

Von
Professor Dr. jur. Walter Frenz

7., neu bearbeitete Auflage 2017

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: *Frenz* ÖffR Rn.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 5424 6

© 2017 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH, Lahnau
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

In der 7. Auflage wird wiederum Basiswissen mit examensträchtigen Problemen und aktuellen Entscheidungen kombiniert, die jeweils an der im Prüfungsaufbau erforderlichen Stelle aufgezeigt werden. Wie auch in den vorherigen Auflagen boten insbesondere das Verfassungsrecht und die Grundlagen des Europarechts zahlreiche Neuerungen. Sowohl das BVerfG als auch der EuGH entschieden zum OMT-Beschluss der EZB (Rn. 41, 56). Im Grundrechtsteil wurden viele Entwicklungen fortgeschrieben und akzentuiert: zum Kopftuchverbot an Schulen und Kindergärten (Art. 4 I GG, Rn. 394ff.), zum Sampling (Art. 5 III GG, Rn. 708), zum Atomausstieg (Art. 14 GG, Rn. 530) und zum Datenschutz, für den das BVerfG zum BKA-Gesetz entschied (Rn. 455f.), der EuGH zu Google, Vorratsdatenspeicherung und Safe-Harbor-Abkommen (Rn. 44, 428, 449f.). Die Bedeutung der europäischen Grundfreiheiten zeigte sich deutlich in der 2. DocMorris-Entscheidung des EuGH im Fall Parkinson, in der die deutsche Preisbindung bei Arzneimitteln keinen Bestand hatte. Voraussichtlich ist auch ein Versandverbot unionswidrig (Rn. 92). Im Verwaltungsrecht ergab sich Aktuelles vor allem vor dem Hintergrund der Flüchtlingsproblematik und damit im Bau-recht und bei der Obdachloseneinweisung.

Die Bearbeitung befindet sich auf dem Stand von Ende 2016. Für ihre Mithilfe bei der Aktualisierung der Literatur sowie der Formatierung danke ich sehr herzlich Frau Dr. phil. Kristina Fischer M.A., Herrn Sascha Ohlenforst, Herrn Julian Rahe, der mir diverse Anregungen gab, und Frau Alina Wennemann M.A.

Absolventen des 1. Staatsexamens bedanken sich immer wieder dafür, dass dieses Buch im Öffentlichen Recht die Grundlage für ihr Prädikatsexamen gelegt hat. Aber auch über kritische Hinweise und Anregungen würde ich mich sehr freuen. Ich erbitte sie an:

Univ.-Prof. Dr. Walter Frenz
RWTH Aachen
Wüllnerstr. 2
52062 Aachen
0241–8095691
e-mail: frenz@bur.rwth-aachen.de

Aachen, im Februar 2017

Walter Frenz


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Fernsehaufnahmen im Gerichtssaal und Rundfunkfreiheit, Bilder Carolines von Monaco und Pressefreiheit, rechtsradikale Aufzüge und Versammlungsverbot, Kammerpflichtmitgliedschaft für EU-ausländische Anbieter und gemeinschaftliche Dienstleistungsfreiheit, Kampfhundeeinschläferung und Eigentumsschutz, Hundehaltungsverordnungen und Bestimmtheitsgebot, Werbebeschränkungen für Rechtsanwälte oder Warnung vor BSE und Berufsfreiheit – das Öffentliche Recht wimmelt von aktuellen Fragestellungen. Dieser besondere Reiz macht aber ein systematisches Vorgehen nicht entbehrlich. Es bildet vielmehr die Basis zur vollen Erfassung neuer Entwicklungen.

Während dem Zivilrecht der Anspruchsaufbau selbstverständlich zugrunde liegt, wird er im Öffentlichen Recht vielfach vernachlässigt. Dabei bildet er auch in diesem Gebiet die Basis für gute Klausurergebnisse. Im Öffentlichen Recht ergibt er sich wesentlich aus dem Anspruchsziel: Abwehr, Leistung oder Feststellung, unterteilt nach Normen, Verwaltungs- und Realakten bzw. aufgegliedert in die europäische Ebene sowie die nationale Verfassungs- und Verwaltungsebene. Daher bedarf es einer nach Anspruchszielen geordneten Darstellung zur Examensvorbereitung.

Nach diesem Muster geordnet, wird das für das 1. Juristische Staatsexamen erforderliche Wissen aus allen Gebieten des Öffentlichen Rechts dargelegt. Dadurch treten Zusammenhänge hervor, die bei einer getrennten Behandlung der Einzelgebiete so nicht deutlich werden. Die Probleme werden oft nur kurz angerissen und auch nicht durchgehend vollständig dargestellt, Beispielsfälle verkürzt. Gerade im Öffentlichen Recht ist es unmöglich, alle Einzelheiten zu kennen. Umso wichtiger ist die Beherrschung von Strukturen und der Systematik, um einen unbekannten Fall lösen zu können. Die aufgenommenen Beispiele und Einzelfragen dienen daher der Verdeutlichung. Klassischen Entscheidungen und der aktuellen Rspr. entnommen, decken sie aber weitgehend die in Standardfällen zu erwartenden Konstellationen ab.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 7. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Verzeichnis der Abbildungen, Übersichten und Schemata	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI
Einführung	1
1. Teil. Abwehr von Maßnahmen	5
1. Kapitel. Abwehr von Normen	5
§ 1 Europarechtliche Normen	6
A. Primärrecht	6
B. Sekundärrecht	11
§ 2 Vereinbarkeit deutscher Gesetze mit Unionsrecht	27
A. Verfahrensmöglichkeiten	27
B. Ansatzpunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit	30
§ 3 Überprüfung deutscher Gesetze am Grundgesetz	42
A. Verfahrensarten	43
B. Entscheidung des BVerfG	57
C. Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes	58
D. Prüfung durch den Bundespräsidenten	73
§ 4 Grundrechte	73
A. Relativer und absoluter Schutz (Menschenwürde)	73
B. Schutzbereich	79
C. Grundrechtseingriffe	95
D. Rechtfertigung	101
§ 5 Eigentums- und Berufsfreiheit	143
A. Art. 14 GG – Eigentumsfreiheit	143
B. Art. 12 GG – Berufsfreiheit	156
§ 6 Gleichheitsgrundrechte	169
A. Überblick	169
B. Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 I GG	170
C. Besondere Gleichheitssätze	176
§ 7 Abwehr untergesetzlicher Normen, § 47 VwGO	179
A. Zulässigkeit eines Normenkontrollantrages	179
B. Begründetheit	185
C. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 47 VI VwGO	197
2. Kapitel. Aufhebung von Verwaltungsakten	198
§ 8 Verfassungsbeschwerde gegen Verwaltungsakte und Urteile	198
A. Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Verwaltungsakte	198
B. Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen	199
§ 9 Die Zulässigkeit der Anfechtungsklage	204
A. Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen	205
B. Die zentralen Zulässigkeitsvoraussetzungen	206
C. Die sonstigen Zulässigkeitsvoraussetzungen	223
§ 10 Begründetheit der Anfechtungsklage	224
A. Ansatz und Klagegegenstand	224
B. Ermächtigungsgrundlage	229
C. Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes	234

	D. Tatsächliche Verletzung in subjektiven Rechten	259
	E. Zu den Rechtsfolgen	259
§ 11	Einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO	260
	A. Bedeutung und Anwendungsbereich	260
	B. Zulässigkeit des Antrags nach §§ 80 V, 80a VwGO	261
	C. Begründetheit	263
3. Kapitel.	Abwehr sonstiger Maßnahmen	269
§ 12	Die Leistungsunterlassungsklage	269
	A. Allgemeines	269
	B. Zulässigkeit der allgemeinen Unterlassungsklage	270
	C. Die vorbeugende Unterlassungsklage	273
	D. Begründetheit der Leistungsunterlassungsklage: Der Unterlassungsanspruch	275
§ 13	Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	280
	A. Einordnung	280
	B. Zulässigkeit	281
	C. Begründetheit	282
2. Teil.	Erlass von Maßnahmen	285
4. Kapitel.	Erlass von Normen	286
§ 14	Normerlassansprüche und ihre Durchsetzung	286
	A. Allgemeines	286
	B. Aus Unionsrecht: Stattdessen unmittelbare Wirkung	286
	C. Aus Grundrechten	287
	D. Aus einfachem Recht	289
	E. Prozessuale Durchsetzung	290
5. Kapitel.	Erlass von Verwaltungsakten	292
§ 15	Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	292
	A. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	292
	B. Statthaftigkeit	294
	C. Klagebefugnis, § 42 II VwGO	295
	D. Vorverfahren	297
	E. Klagefrist	298
	F. Rechtsschutzbedürfnis	298
§ 16	Begründetheit der Verpflichtungsklage	298
	A. Allgemeiner Rahmen	298
	B. Die Grundstruktur von Genehmigungsfällen	300
	C. Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung	300
	D. Ansprüche auf die Benutzung öffentlicher Sachen, insbesondere Straßen	310
	E. Benutzung kommunaler Einrichtungen	315
	F. Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	321
	G. Anspruch aus Zusicherung gem. § 38 VwVfG	323
	H. Wiederaufgreifen des Verfahrens	324
	J. Ansprüche aus Unionsrecht	326
§ 17	Einstweiliger Rechtsschutz auf Erlass eines VA	327
	A. Regelungsanordnung nach § 123 I 2 VwGO	327
	B. Für Hochschulzulassungen	328
	C. Bei Zweifeln an entgegenstehendem EU-Recht	330
6. Kapitel.	Sonstiges Verwaltungshandeln und Geldzahlungen	331
§ 18	Die allgemeine Leistungs(vornahme)klage	331
	A. Allgemeines	331
	B. Zulässigkeit	331
	C. Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage, insbesondere Folgenbeseitigungsanspruch	334
	D. Einstweiliger Rechtsschutz bei Begehren auf Leistungsvornahme	338
§ 19	Leistungsansprüche aus öffentlich-rechtlichem Vertrag	338
	A. Allgemeines	338
	B. Vorliegen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages	339
	C. Rechtmäßigkeit des Vertrages	340
	D. Nichtigkeit des Vertrages	341
§ 20	Geldleistungsansprüche	343
	A. Haftung aus öffentlich-rechtlichen Sonderverbindungen	344

B. Staatshaftung	345
C. Entschädigungsansprüche	357
D. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	363
E. Aufwendungsersatz	366
F. Sozialleistungsansprüche	367
3. Teil. Feststellung der Rechtswidrigkeit	369
7. Kapitel. Verfassungsrechtliche Feststellungsbegehren: Handeln von nationalen Verfassungsorganen	369
§ 21 Organstreitverfahren	369
A. Zulässigkeit	369
B. Begründetheit	372
§ 22 Bund-Länder-Streitigkeiten	386
A. Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 3 GG	386
B. Andere Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 4 GG	390
8. Kapitel. Feststellungsbegehren für Verwaltungshandeln	390
§ 23 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten	390
A. Begriff und Bedeutung	390
B. Zulässigkeit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	391
C. Begründetheit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	393
§ 24 Feststellungsklage	396
A. Zulässigkeit	396
B. Begründetheit	403
§ 25 Fortsetzungsfeststellungsklage (Rechtswidrigkeitsfeststellungsklage)	404
A. Einordnung	404
B. Zulässigkeit	405
C. Begründetheit	411
Entscheidungssammlung	419
Sachverzeichnis	425


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 7. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Verzeichnis der Abbildungen, Übersichten und Schemata	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI
 Einführung	 1
 1. Teil. Abwehr von Maßnahmen	 5
1. Kapitel. Abwehr von Normen	5
§ 1 Europarechtliche Normen	6
A. Primärrecht	6
I. Grundlagen	6
II. ESM-Vertrag	8
1. Materielle Grenzen	8
2. Reichweite der Mitwirkung des Bundestages	9
3. Eilbedürftigkeit	10
B. Sekundärrecht	11
I. Überprüfung am europäischen Primärrecht	11
1. Verfahren vor dem Gerichtshof der EU	11
2. Überprüfungsgründe	13
II. Überprüfung sekundären Unionsrechts an deutschem Recht	18
1. Unmittelbare Wirkung von Unionsrechtsakten	18
2. Kooperationsverhältnis von BVerfG und Gerichtshof der EU	19
3. Widerspruch zum europäischen Integrationsprozess nach den Verträgen und Art. 23 GG	24
4. Zustandekommen sekundären Unionsrechts	24
5. Umsetzung und Anwendung durch Organe deutscher Staatsgewalt	25
§ 2 Vereinbarkeit deutscher Gesetze mit Unionsrecht	27
A. Verfahrensmöglichkeiten	27
I. Kommission und Mitgliedstaaten	27
II. Gerichte	27
1. Vorlageverfahren, Art. 267 AEUV	27
2. Voraussetzungen	28
3. Verletzung von Art. 101 I 2 GG	29
III. Individuen	29
B. Ansatzpunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit	30
I. Unionsrechtliches Primärrecht	30
1. Warenverkehrsfreiheit, Art. 34 AEUV	31
2. Personenfreizügigkeit, Art. 45, 49 AEUV	35
3. Dienstleistungsfreiheit, Art. 56 und 57 AEUV	38
II. Vereinbarkeit mit unionsrechtlichem Sekundärrecht	40
1. Unionsrechtsverstoß, insbesondere Anforderungen an die Umsetzung von Richtlinien	40
2. Richtlinienkonforme Auslegung	41
§ 3 Überprüfung deutscher Gesetze am Grundgesetz	42
A. Verfahrensarten	43
I. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2 GG; §§ 13 Nr. 6, 76ff. BVerfGG	43
1. Antragsberechtigung	43
2. Prüfungsgegenstand	43
3. Antragsbefugnis	43

4. Klarstellungsinteresse	44
5. Ordnungsgemäßer Antrag und Frist	44
II. Abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 I Nr. 2a II GG, § 13 Nr. 6a BVerfGG	44
III. Konkrete Normenkontrolle: Richtervorlage, Art. 100 GG, § 13 Nr. 11, §§ 80–82 BVerfGG	45
1. Vorlageberechtigung und Prüfungsgegenstand	45
2. Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit	45
3. Entscheidungserheblichkeit	45
IV. Individualverfassungsbeschwerde	46
1. Beschwerdefähigkeit	46
2. Beschwerdegegenstand	48
3. Beschwerdebefugnis	48
4. Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	50
5. Frist	50
6. Prozessfähigkeit	50
7. Praxis: Annahme der Verfassungsbeschwerde	51
V. Kommunalverfassungsbeschwerde	51
1. Zulässigkeit	51
2. Recht auf kommunale Selbstverwaltung, Art. 28 II GG	51
VI. Einstweiliger Rechtsschutz	55
B. Entscheidung des BVerfG	57
C. Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes	58
I. Formelle Verfassungsmäßigkeit	58
1. Gesetzgebungskompetenz des Bundes	58
2. Gesetzgebungsverfahren	65
II. Materielle Verfassungsmäßigkeit	68
1. Rechtsstaatsprinzip, Art. 20 III GG	68
2. Sozialstaatsprinzip, Art. 20 I GG	70
3. Demokratieprinzip	70
D. Prüfung durch den Bundespräsidenten	73
§ 4 Grundrechte	73
A. Relativer und absoluter Schutz (Menschenwürde)	73
I. Grundlagen	73
II. Menschenwürdiges Existenzminimum	74
III. Haft und Sicherungsverwahrung	75
1. Grundlagen	75
2. Nachträgliche Sicherungsverwahrung	76
III. Flugzeugabschuss	78
B. Schutzbereich	79
I. Bestimmung des Schutzbereichs am Beispiel von Art. 4 GG	80
1. Glauben und Gewissen	80
2. Glaubens- und Bekenntnisfreiheit	80
II. Abgrenzung der Schutzbereiche und Konkurrenzen	84
1. Meinungs- und Versammlungsfreiheit	84
2. Vorrang eines Grundrechts	88
3. Idealkonkurrenz	92
III. Art. 2 I GG als Auffanggrundrecht	93
1. Sachbezogen	93
2. Personenbezogen	94
C. Grundrechtseingriffe	95
I. Unmittelbare finale Eingriffe am Beispiel von Art. 6 GG	95
1. »Homoehe«	95
2. Familienzuschlag und Hinterbliebenenversorgung	96
3. Adoption	98
4. Fazit	98
5. Eingriffe durch Verwaltungsakte	99
II. Faktische Eingriffe	99
III. Mittelbare Eingriffe	100
IV. Begrenzungen	101
D. Rechtfertigung	101
I. System	101

II.	Grundrechte mit Gesetzesvorbehalt	103
1.	Reichweite des Gesetzesvorbehalts (Bsp. Aufnahmen im Gericht)	103
2.	Ausgleich konkurrierender Verfassungsgüter (Bsp. Pressefreiheit und allgemeine Persönlichkeitsrechte)	104
III.	Grundrechte ohne Gesetzesvorbehalt	108
1.	Beschränkung durch kollidierendes Verfassungsrecht	108
2.	Wissenschaftsfreiheit	110
3.	Glaubensfreiheit	113
4.	Kunstfreiheit	117
IV.	Schranken-Schranken	118
1.	Anforderungen aus dem Vorbehalt des Gesetzes	118
2.	Verhältnismäßigkeit	118
3.	Wesensgehaltsgarantie	140
4.	Bestimmtheitsgebot	141
5.	Verbot des Einzelfallgesetzes	143
6.	Zitiergebot	143
§ 5	Eigentums- und Berufsfreiheit	143
A.	Art. 14 GG – Eigentumsfreiheit	143
I.	Prägung der Eigentumsfreiheit durch den Gesetzgeber	143
II.	Schranken für den Gesetzgeber	144
1.	Ausgleich und Kernbereich bei Inhaltsbestimmungen	144
2.	Eigentumswertgarantie	144
III.	Eröffnung des Schutzbereichs von Art. 14 GG	145
1.	Vermögenswerte Rechte	145
2.	Nicht das Vermögen an sich	145
3.	Keine tatsächlichen und allein normabhängigen Umstände	146
4.	Das »Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb«	148
IV.	Eingriff: Abgrenzung von Inhaltsbestimmung und Enteignung	149
1.	Grundansatz	149
2.	Nähere Abgrenzung	149
V.	Rechtfertigung	150
1.	Inhalts- und Schrankenbestimmung	150
2.	Enteignung gem. Art. 14 III GG	155
3.	Prüfung der Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG	156
B.	Art. 12 GG – Berufsfreiheit	156
I.	Abgrenzung zu Art. 14 GG	157
II.	Einheitliches Grundrecht der Berufsfreiheit	158
III.	Schutzbereich	159
1.	Beruf	159
2.	Berufswahl	160
3.	Berufsausübung	161
IV.	Eingriff	162
V.	Rechtfertigung	164
1.	Abgestufte Schutzintensität	164
2.	Berufsausübungsregeln	165
3.	Berufswahlregelungen	166
4.	Konkretisierung der Verhältnismäßigkeitsprüfung	167
§ 6	Gleichheitsgrundrechte	169
A.	Überblick	169
B.	Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 I GG	170
I.	Ungleichbehandlung	170
II.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	171
1.	Prüfungsrahmen	171
2.	Verhältnismäßigkeit	174
C.	Besondere Gleichheitssätze	176
I.	Art. 3 II GG	176
II.	Weitere Differenzierungsge- und -verbote	177
III.	Grunderwerbsteuer	178
§ 7	Abwehr untergesetzlicher Normen, § 47 VwGO	179
A.	Zulässigkeit eines Normenkontrollantrages	179
I.	Verwaltungsrechtsweg	179

II. Statthaftigkeit	180
1. Nach § 47 I Nr. 1 VwGO	180
2. Nach § 47 I Nr. 2 VwGO	181
III. Antragsbefugnis	182
1. Behörden	182
2. Natürliche und juristische Personen	182
IV. Allgemeine Voraussetzungen	184
V. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	184
B. Begründetheit	185
I. Allgemeiner Prüfungsumfang und -maßstab	185
II. Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für Satzungen und Rechtsverordnungen	186
1. Ermächtigungsgrundlage	186
2. Formelle Rechtmäßigkeit	187
3. Materielle Rechtmäßigkeit (Subsumtion)	188
4. Bestimmtheit	189
5. Ermessen	189
III. Bebauungspläne	190
1. Ermächtigungsgrundlage	190
2. Formelle Rechtmäßigkeit	190
3. Materielle Rechtmäßigkeit	194
C. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 47 VI VwGO	197
I. Zulässigkeit	198
II. Begründetheit	198
2. Kapitel. Aufhebung von Verwaltungsakten	198
§ 8 Verfassungsbeschwerde gegen Verwaltungsakte und Urteile	198
A. Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Verwaltungsakte	198
B. Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen	199
§ 9 Die Zulässigkeit der Anfechtungsklage	204
A. Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen	205
B. Die zentralen Zulässigkeitsvoraussetzungen	206
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	206
1. Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	206
2. Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art	207
II. Statthafte Klageart	208
1. Klagebegehren: Aufhebung eines Verwaltungsaktes	208
2. Verwaltungsakt: Merkmale	208
3. Teilanfechtung	213
III. Klagebefugnis	216
1. Aus einfachgesetzlichen Schutznormen	216
2. Aus Grundrechten	219
3. Aus Unionsrecht	220
4. Verbandsklage	221
5. Entfallen der Klagebefugnis aufgrund von Präklusion	221
IV. Vorverfahren	222
C. Die sonstigen Zulässigkeitsvoraussetzungen	223
§ 10 Begründetheit der Anfechtungsklage	224
A. Ansatz und Klagegegenstand	224
I. Ansatz und maßgeblicher Zeitpunkt	224
II. Klagegegenstand	226
1. Bedeutung des Widerspruchsbescheides	226
2. Nebenbestimmungen	228
B. Ermächtigungsgrundlage	229
I. Notwendigkeit	229
II. Vorrang von Spezialvorschriften	229
1. Grundsatz und Grenzen	229
2. Vorrang der polizeirechtlichen Standardmaßnahmen gegenüber der Generalklausel am Beispiel der Obdachloseinweisung	230
3. Aufhebung von Verwaltungsakten	231
III. Befugnis für polizeiliche Vollstreckungsmaßnahmen, insbesondere für das Abschleppen von Kfz	231

	C. Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes	234
	I. Formelle Rechtmäßigkeit	234
	1. Zuständigkeit	234
	2. Verfahren	235
	3. Form	235
	II. Materielle Rechtmäßigkeit	236
	1. Rechtmäßigkeit der Ermächtigungsgrundlage	236
	2. Korrekte Subsumtion unter die Ermächtigungsgrundlage (einschließlich Beurteilungsspielraum)	237
	3. Adressat und Maßnahmerichtung	241
	4. Bestimmtheit	247
	5. Rechtliche und tatsächliche Möglichkeit	248
	6. Rechtmäßiger Ermessensgebrauch	248
	7. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	250
	III. Die Anfechtung der Aufhebung von (begünstigenden) Verwaltungsakten	253
	1. Rücknahme und Widerruf	253
	2. Widerruf rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte	254
	3. Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte	254
	4. Rücknahme von unionsrechtswidrigen Beihilfen	256
	D. Tatsächliche Verletzung in subjektiven Rechten	259
	E. Zu den Rechtsfolgen	259
§ 11	Einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO	260
	A. Bedeutung und Anwendungsbereich	260
	B. Zulässigkeit des Antrags nach §§ 80 V, 80a VwGO	261
	I. Zur Hauptsache akzessorische Voraussetzungen	261
	1. Verwaltungsrechtsweg	261
	2. Statthaftigkeit	261
	3. Antragsbefugnis	261
	4. Sonstiges	262
	II. Rechtsschutzbedürfnis	262
	1. Anträge nach § 80 V VwGO	262
	2. Anträge nach § 80a VwGO	262
	C. Begründetheit	263
	I. Formelle Rechtmäßigkeit von Anordnungen nach § 80 II 1 Nr. 4 VwGO	263
	II. Materielle Prüfung	264
	III. Besonderes Vollzugsinteresse bei Anordnungen nach § 80 II 1 Nr. 4 VwGO	266
	IV. Einschränkung der gerichtlichen Entscheidungsbefugnis durch Vorlagepflicht?	267
	V. Bei für rechtswidrig erachtetem Unionsrecht	267
3. Kapitel.	Abwehr sonstiger Maßnahmen	269
§ 12	Die Leistungsunterlassungsklage	269
	A. Allgemeines	269
	B. Zulässigkeit der allgemeinen Unterlassungsklage	270
	I. Verwaltungsrechtsweg	270
	1. Erwerbswirtschaftliche Betätigung	270
	2. Immissionen, vor allem von kirchlichen Einrichtungen	271
	II. Statthaftigkeit	272
	III. Klagebefugnis	272
	IV. Rechtsschutzbedürfnis	273
	C. Die vorbeugende Unterlassungsklage	273
	I. »Vorbeugende« Unterlassungsklage gegen Realakte	273
	II. Vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte	274
	D. Begründetheit der Leistungsunterlassungsklage: Der Unterlassungsanspruch	275
	I. Rechtsgrundlage	275
	II. Anspruchsvoraussetzungen: insbesondere bei erwerbswirtschaftlicher Betätigung und Immissionen	276
	1. Hoheitlicher Eingriff in subjektives Recht	276
	2. Rechtswidrigkeit	277
	III. Die Unterlassung von Warnungen und Empfehlungen	278
§ 13	Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	280
	A. Einordnung	280
	B. Zulässigkeit	281

I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	281
II. Statthafte Verfahrensart	281
III. Antragsbefugnis	281
IV. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	281
C. Begründetheit	282
I. Anordnungsanspruch	282
II. Anordnungsgrund	282
III. Anordnungsentscheidung	282
IV. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	282
2. Teil. Erlass von Maßnahmen	285
4. Kapitel. Erlass von Normen	286
§ 14 Normerlassansprüche und ihre Durchsetzung	286
A. Allgemeines	286
B. Aus Unionsrecht: Stattdessen unmittelbare Wirkung	286
I. Auf Unionsnormen	286
II. Auf nationale Normen	286
C. Aus Grundrechten	287
I. Objektive Grundrechtsfunktionen	287
1. Grundrechte als Leistungsrechte	287
2. Grundrechtliche Schutzpflichten	287
II. Gleichheitssatz, insbesondere Normergänzungsanspruch	289
D. Aus einfachem Recht	289
E. Prozessuale Durchsetzung	290
I. Vor dem EuGH	290
II. Vor dem BVerfG	290
III. Vor Verwaltungsgerichten	291
5. Kapitel. Erlass von Verwaltungsakten	292
§ 15 Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	292
A. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	292
I. Zulassung zu einer öffentlichen Einrichtung	293
II. Subventionsbescheid	293
B. Statthaftigkeit	294
I. Abgrenzung zur Anfechtungsklage	294
II. Sonderprobleme der Konkurrentenklagen	295
C. Klagebefugnis, § 42 II VwGO	295
I. Anspruchsgrundlagen	296
II. Ansprüche aus Ermessensvorschriften	297
D. Vorverfahren	297
E. Klagefrist	298
F. Rechtsschutzbedürfnis	298
§ 16 Begründetheit der Verpflichtungsklage	298
A. Allgemeiner Rahmen	298
B. Die Grundstruktur von Genehmigungsfällen	300
I. Genehmigungspflichtigkeit	300
II. Genehmigungsfähigkeit	300
C. Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung	300
I. Anspruchsgrundlagen	300
II. Formelle Anspruchsvoraussetzungen	301
III. Materielle Voraussetzungen	302
1. Genehmigungspflichtigkeit	302
2. Genehmigungsfähigkeit	303
D. Ansprüche auf die Benutzung öffentlicher Sachen, insbesondere Straßen	310
I. Allgemeines, Abgrenzung von Anfechtungssituationen	310
II. Begriff der öffentlichen Sache	311
III. Erlaubnispflichtigkeit	311
1. Gemeingebrauch und Sondernutzung	312
2. Straßenanliegergebrauch	313
3. Kommunikativer Gemeingebrauch	313
IV. Erteilung der Sondernutzungserlaubnis	314
E. Benutzung kommunaler Einrichtungen	315

I. Anspruchsgrundlagen	315
II. Der allgemeine kommunalrechtliche Benutzungsanspruch	316
1. Vorliegen einer öffentlichen Einrichtung	316
2. Aktivlegitimation	317
3. Rechtliche Schranken	318
4. Tatsächliche Schranken	319
F. Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	321
I. Zuständigkeit der Polizei für den Schutz privater Rechte	321
II. Erfordernis eines subjektiv-öffentlichen Rechts	321
III. Ermessensreduzierung auf null	322
G. Anspruch aus Zusicherung gem. § 38 VwVfG	323
H. Wiederaufgreifen des Verfahrens	324
I. Konstellation der Verpflichtungsklage	324
II. Wiederaufgreifen nach § 51 VwVfG	325
1. Wiederaufgreifensgründe nach § 51 I Nr. 1–3 VwVfG	325
2. Neue Sachentscheidung	325
III. »Wiederaufgreifen« nach §§ 48, 49 VwVfG	326
J. Ansprüche aus Unionsrecht	326
§ 17 Einstweiliger Rechtsschutz auf Erlass eines VA	327
A. Regelungsanordnung nach § 123 I 2 VwGO	327
B. Für Hochschulzulassungen	328
C. Bei Zweifeln an entgegenstehendem EU-Recht	330
6. Kapitel. Sonstiges Verwaltungshandeln und Geldzahlungen	331
§ 18 Die allgemeine Leistungs(vornahme)klage	331
A. Allgemeines	331
B. Zulässigkeit	331
I. Verwaltungsrechtsweg, insbesondere kraft Sachzusammenhang	331
1. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 I VwGO	331
2. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhang, § 17 II GVG	332
II. Statthaftigkeit	332
III. Klagebefugnis	333
IV. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	333
1. Vorverfahren	333
2. Klagefrist	334
3. Rechtsschutzbedürfnis	334
C. Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage, insbesondere Folgenbeseitigungsanspruch	334
I. Allgemeines	334
II. Der allgemeine Folgenbeseitigungsanspruch (FBA)	335
1. Grundlage	335
2. Voraussetzungen	336
3. Rechtsfolgen	336
D. Einstweiliger Rechtsschutz bei Begehren auf Leistungsvornahme	338
§ 19 Leistungsansprüche aus öffentlich-rechtlichem Vertrag	338
A. Allgemeines	338
B. Vorliegen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages	339
C. Rechtmäßigkeit des Vertrages	340
I. Zulässigkeit der Vertragsform	340
II. Formelle Rechtmäßigkeit	340
III. Materielle Rechtmäßigkeit	341
D. Nichtigkeit des Vertrages	341
§ 20 Geldleistungsansprüche	343
A. Haftung aus öffentlich-rechtlichen Sonderverbindungen	344
I. Öffentlich-rechtliche Sonderverbindungen	344
II. Haftung	344
III. Zivilrechtsweg	345
B. Staatshaftung	345
I. Amtshaftung nach nationalem Recht	346
1. Verhältnis zu anderen Ansprüchen	346
2. Handeln im öffentlich-rechtlichen Tätigkeitsbereich	346
3. Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht	347

4. Kausaler Schaden	350
5. Verschulden	350
6. Haftungseinschränkung	350
7. Passivlegitimation	351
8. Rechtsfolge	351
II. Staatshaftung für unionsrechtswidriges Verhalten	352
1. Anwendungsbereich	352
2. Grundvoraussetzungen	354
3. Unterschied zu § 839 BGB, Art. 34 GG	355
C. Entschädigungsansprüche	357
I. Abgrenzung zu Schadensersatzansprüchen	357
II. Spezialgesetzliche Entschädigungsansprüche	357
1. Enteignungsentschädigungen	357
2. Sonstige Entschädigungsansprüche	358
III. Entschädigung aus Aufopferung, enteignungsgleichem und enteignendem Eingriff	359
1. Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff	359
2. Der allgemeine Aufopferungsanspruch	363
D. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	363
I. Nach § 49a VwVfG	363
II. Nach allgemeinen Grundsätzen	364
III. Durchsetzung	365
IV. Konkurrenzen	366
E. Aufwendungsersatz	366
F. Sozialleistungsansprüche	367
3. Teil. Feststellung der Rechtswidrigkeit	369
7. Kapitel. Verfassungsrechtliche Feststellungsbegehren: Handeln von nationalen Verfassungsorganen	369
§ 21 Organstreitverfahren	369
A. Zulässigkeit	369
I. Parteifähigkeit von Antragsteller und Antragsgegner	369
II. Streitgegenstand (Statthaftigkeit)	370
III. Antragsbefugnis	370
IV. Rechtsschutzbedürfnis	371
V. Form und Frist	372
B. Begründetheit	372
I. Maßstab und Inhalt der Entscheidung	372
II. Die Rechtsstellung von Abgeordneten und Fraktionen	373
1. Abgeordnete	373
2. Fraktionen	376
3. Das Verhältnis des Abgeordneten zu Fraktion und Partei	376
4. Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen	377
5. Bundestagsauflösung	380
III. Politische Parteien	381
1. Allgemeines	381
2. Gewährleistung der Chancengleichheit der Parteien	382
3. Parteienfinanzierung	384
4. Sonderproblem: Rückforderung nach ParteiG	384
§ 22 Bund-Länder-Streitigkeiten	386
A. Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 3 GG	386
I. Zulässigkeit	386
1. Antragsberechtigung	386
2. Streitgegenstand	386
3. Antragsbefugnis	386
4. Vorverfahren	387
5. Form und Frist	387
II. Begründetheit	387
1. Landeseigenverwaltung	387
2. Bundesauftragsverwaltung	388
3. Bundestreue	389
B. Andere Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 4 GG	390

8. Kapitel. Feststellungsbegehren für Verwaltungshandeln	390
§ 23 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten	390
A. Begriff und Bedeutung	390
B. Zulässigkeit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	391
I. Verwaltungsrechtsweg	391
II. Statthafte Klageart	391
III. Klagebefugnis	392
IV. Beteiligtenfähigkeit	393
C. Begründetheit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	393
I. Die Rechtsstellung der Ratsmitglieder	393
II. Fraktionsrecht	395
§ 24 Feststellungsklage	396
A. Zulässigkeit	396
I. Verwaltungsrechtsweg	396
II. Statthaftigkeit	396
1. Allgemeine Feststellungsklage gem. § 43 I Alt. 1 VwGO	396
2. Nichtigkeitsfeststellungsklage gem. § 43 I Alt. 2 VwGO	400
III. Klagebefugnis	400
IV. Feststellungsinteresse	400
V. Keine Subsidiarität	401
VI. Sonstiges	403
B. Begründetheit	403
§ 25 Fortsetzungsfeststellungsklage (Rechtswidrigkeitsfeststellungsklage)	404
A. Einordnung	404
B. Zulässigkeit	405
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	405
II. Statthafte Klageart	406
1. Verwaltungsakt	406
2. Erledigung des Verwaltungsaktes	406
3. Erledigung nach Klageerhebung	407
4. Erledigung vor Klageerhebung	407
III. Klagebefugnis	408
IV. Vorverfahren	408
V. Klagefrist	409
VI. Berechtigtes Feststellungsinteresse	409
C. Begründetheit	411
I. Maßstab	411
II. Inhaltliche Prüfung: Konstellationen aus dem Versammlungs- und Polizeirecht	411
1. Versammlungsgesetz als lex specialis zum allgemeinen Polizeirecht	412
2. Allgemeine polizeirechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Versammlungen	415
Entscheidungssammlung	419
Sachverzeichnis	425


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG